

Europäische Strukturpolitik





Impressum

Herausgeber:

Die sozialdemokratischen Abgeordneten
im Europäischen Parlament
Bernhard Rapkay (MdEP), Vorsitzender

Verantwortlich:

Constanze Krehl (MdEP),
Arndt Thomas Freudenberg (Parl. Referent)
Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1
D-11011 Berlin
Tel. 030 / 22 77 07 23
Fax 030 / 22 77 65 87
psdelegde@europarl.europa.eu

Gestaltung und Druck:

Druck + Verlag Heggemann
Burgstraße 2
33175 Bad Lippspringe
0 52 52 / 96 530
info@druck-verlag-heggemann.de



Liebe Leserin, lieber Leser,

die Europäische Union mit nunmehr 27 Mitgliedsstaaten hat sich eine neue Strukturpolitik für den neuen Zeitraum von 2007 bis 2013 gegeben.

Die Europäische Strukturpolitik gehört zu den erfolgreichsten und vor allen Dingen sichtbarsten Politiken der Europäischen Union.

Solidarität mit den am schlechtesten entwickelten Regionen der EU einerseits und Gestaltung eines gemeinsamen Wirtschafts- und Sozialraumes andererseits prägen die neue Förderperiode. Das Parlament und insbesondere die sozialdemokratische Fraktion haben diese Neuausrichtung stark geprägt und mitbestimmt.

Jetzt liegt es an den Regionen, wie die europäischen Mittel tatsächlich zur Wirkung kommen und ob es uns gelingt, eine nachhaltige Wirtschaftspolitik in Deutschland zu entwickeln.

Die Broschüre möchte Informationen und Anregungen geben, wie in den Ländern und hier speziell in Sachsen Förderung möglich sein wird.

Der Freistaat Sachsen hat bereits in den vergangenen Jahren erfolgreich europäische Fördermittel zur Unterstützung des Strukturwandels eingesetzt sowohl in den Städten wie auch im ländlichen Raum. Diese Entwicklung nachhaltig fortzusetzen und dabei auch neue Wege zu finden ist für uns alle eine große Herausforderung und Chance.

Ich hoffe, dass Sie einige Anregungen finden und ich Ihnen dabei behilflich sein kann, nicht zuletzt Europa ein Stück mehr nach Sachsen zu tragen.

Ihre

Constanze Krehl

*MdEP, Koordinatorin der SPE-Fraktion
für die Europäische Strukturpolitik*



Eine neue europäische Strukturpolitik Förderperiode von 2007-2013

	Seite
1. Einleitung	5
1.1. Strukturpolitik - Was und warum?.....	5
1.2. Instrumente und Ziele	6
1.3. Strukturfonds und die Strategien von Lissabon und Göteborg	7
2. Die Ziele der EU-Regionalpolitik	8
2.1. „Konvergenz“	9
2.2. „Regionale Wettbewerbsfähigkeit und Beschäftigung“	11
2.3. „Europäische Territoriale Zusammenarbeit“	12
3. Die Strukturfonds	13
3.1. Der Europäische Fonds für regionale Entwicklung (EFRE).....	13
3.2. Der Europäische Sozialfonds (ESF)	13
4. Der nationale strategische Rahmenplan Deutschlands 14	
4.1. Die Konvergenzregionen in Deutschland	14
4.2. Das Ziel „Regionale Wettbewerbsfähigkeit und Beschäftigung“	17
4.3. Das Ziel „Europäische Territoriale Zusammenarbeit“	18
4.4. Finanzausstattung Deutschlands mit Mitteln der Europäischen Strukturfonds für den Zeitraum 2007-2013	19
5. Die Operationellen Programme	20
5.1. Das Operationelle Programm für den EFRE.....	20
5.2. Das Operationelle Programm für den ESF	24
5.3. Beispiele	27



1. Einleitung

1.1. Strukturpolitik - Was und warum?

Im Lichte der sich immer mehr ausdifferenzierenden Globalisierung muss Europa als eine gemeinsame Region betrachtet werden. Nicht ohne Grund erscheint sie dabei als eine der dynamischsten, fortschrittlichsten und innovativsten Regionen der Welt.

Bei aller Stärke Europas darf nicht außer Acht gelassen werden, dass wir von 27 Mitgliedsstaaten mit über 250 verschiedenen Regionen sprechen - verschieden nicht nur in Kultur und Sprache, verschieden vor allem in wirtschaftlicher Entwicklung und Struktur. Verschieden aber auch in den Voraussetzungen für wirtschaftliche Entwicklung und Dynamik. Jede der letzten Erweiterungen brachte eine Verschärfung der Entwicklungsunterschiede aber auch unterschiedliche Entwicklungspotenziale mit sich.

Wie lassen sich diese Unterschiede beschreiben? Als das verlässlichste Kriterium, um den Entwicklungsstand einer Region zu beschreiben, hat sich in den vergangenen Jahren das Bruttoinlandsprodukt pro Einwohner (BIP) erwiesen. Es ist ein Maß für die wirtschaftliche Leistung eines Landes. In der Europäischen Union der 25 betrug das BIP 2004 10,4 Billionen Euro. Dabei hat Luxemburg mit 238,3% und Lettland mit 42,8% des Unionsdurchschnittes die jeweils höchste und niedrigste Wertschöpfung pro Einwohner.

Wirtschaftliche und strukturelle Entwicklung in ärmeren oder benachteiligten Regionen zieht immer auch positive Entwicklungen in besser entwickelten Gegenden nach sich. Die stärksten Wirtschaftsleistungen weisen hauptsächlich die Mitgliedsstaaten mit dem geringsten Wohlstand, also die Baltischen Staaten und die Slowakei, aber auch Griechenland und Irland auf. Umgekehrt finden wir die niedrigsten Wachstumsraten in den wohlhabenden Mitgliedern Deutschland, Italien, Dänemark und Niederlande.

Auch wenn die Europäische Strukturpolitik auf der Grundidee der Solidarität aufgebaut ist, ist es mehr als nur das Umverteilen von Geld von Reich zu Arm, es ist eine Politik für die Europäerinnen und Europäer, es ist Wirtschaftspolitik und zugleich soziales Ausgleichsinstrument.

Aus diesen und vielen hier nicht genannten Gründen braucht die Europäische Union eine gemeinsame Struktur- und Regionalpolitik. Aus diesen Gründen engagiert sich die sozialdemokratische Fraktion im Europäischen Parlament für die Strukturpolitik.



1.2. Instrumente und Ziele

Mehr Wachstum und Beschäftigung für alle Regionen und Städte der Europäischen Union – das ist die Kernbotschaft der Kohäsionspolitik und ihrer Instrumente zwischen 2007 und 2013.



Der Schwerpunkt der Kohäsions- und Regionalpolitik liegt nun deutlicher auf der überarbeiteten Agenda für Wachstum und Beschäftigung; damit sollen den Beteiligten auf der regionalen und kommunalen Ebene mehr Anreize gegeben werden, sich die Agenda zu Eigen zu machen.

Generelle **Instrumente der Struktur- und Regionalpolitik** sind die direkte Wirtschaftsförderung in Form von Zuschüssen zu Investitionskosten, Förderung von Netzwerken und die Errichtung geeigneter Infrastrukturen.

Die Europäische Union versucht in enger Zusammenarbeit mit den einzelnen Mitgliedsstaaten, die vorhandenen regionalen Wohlstandsunterschiede auszugleichen oder diese zumindest weitgehend zu verringern.

Regionalpolitik und Strukturpolitik hilft also, die Rahmenbedingungen zu verbessern und zu beeinflussen, unter denen regionale Entwicklungsprozesse ablaufen.

Nach der Gemeinsamen Agrarpolitik ist die Strukturpolitik der zweitgrößte Ausgabenbereich im Haushalt der Europäischen Union.



Gleiche Lebens- und Entwicklungschancen für Jeden

Europas Stärke liegt in der großen kulturellen Vielfalt und dem Reichtum an regionalen Traditionen. Diese verschiedenen regionalen Identitäten müssen erhalten werden. Nichtsdestotrotz muss jeder dieser sehr unterschiedlichen Regionen die Chance eingeräumt werden, Veränderungen anzustoßen und seinen Bewohnern lebenswerte Kulturräume zu erhalten und zu schaffen. Ziel der europäischen Regionalpolitik kann und soll es daher nicht sein,

Gleichartigkeit aller Regionen zu schaffen. Es geht vielmehr darum, gleichwertige Chancen im Wettbewerb der Regionen zu eröffnen.



Deshalb sind wir dafür eingetreten, den Großteil der Mittel auf die ärmsten Regionen zu konzentrieren.

Die Verfahren wurden nochmals vereinfacht und die Zuständigkeiten zwischen Kommission und Mitgliedsstaaten klarer aufgeteilt.

1.3. Strukturfonds und die Strategien von Lissabon und Göteborg

Im Zuge der Anstrengungen der Mitgliedsstaaten die Ziele der Lissabonstrategie zu erreichen, „muss die Union alle geeigneten einzelstaatlichen und gemeinschaftlichen Mittel – einschließlich der Kohäsionspolitik – mobilisieren“¹. Darüber hinaus wurde festgestellt, dass sich die Beteiligten vor Ort unter Einbeziehung der regionalen und lokalen Akteure sowie der Sozialpartner die Lissabon-Ziele stärker zu Eigen machen müssen. Besonders wichtig ist dies in Bereichen, in denen die räumliche Nähe von Bedeutung ist, wie z.B. Innovation und wissensbasierte Wirtschaft, Beschäftigung, Humankapital, Unternehmergeist, Förderung von kleinen und mittleren Unternehmen (KMU) oder Zugang zu Risikokapital.



Die Struktur- und Regionalpolitik kann auf verschiedene Weise auch weiterhin einen signifikanten Beitrag zu den Lissabon-Prioritäten leisten:

– Investitionen in Bereiche mit hohem Wachstumspotenzial

Hohe Erträge lassen sich durch Investitionen in Regionen erzielen, die das Potenzial haben, rasch zur übrigen EU aufzuschließen, in denen jedoch die intern vorhandenen Mittel möglicherweise nicht ausreichen, um alle sich bietenden Chancen zu ergreifen.

– Investitionen in Wachstums- und Beschäftigungsmotoren

Im Mittelpunkt stehen Investitionen in Sach- und Humankapital, das maß-

¹ Mitteilung für die Frühjahrstagung des Europäischen Rates – „Zusammenarbeit für Wachstum und Arbeitsplätze - Ein Neubeginn für die Strategie von Lissabon“, KOM(2005) 24 vom 2.2.2005.



geblich ist für das Wachstums- und Beschäftigungspotenzial (Forschungs- und Innovationskapazitäten, Aus- und Weiterbildung sowie Anpassungsfähigkeit der Arbeitskräfte).

– **Förderung der Durchführung von kohärenten Strategien über einen mittleren bis längeren Zeitraum**

– **Entwicklung von Synergien und Ergänzungen mit anderen Gemeinschaftspolitiken**

Die Kohäsionspolitik übt eine signifikante Hebelwirkung auf die Durchführung anderer Gemeinschaftspolitiken aus.



– **Mobilisierung zusätzlicher Mittel**

Die im Rahmen der Kohäsionspolitik kofinanzierten Tätigkeiten gewährleisten ein hohes Maß an Zusätzlichkeit der EU-Mittel insbesondere indem die Investitionsmittel in Bereiche gelenkt werden, in denen die Ausgaben die größte Wirkung und den größten Mehrwert erzielen können. Sie bewirken, dass zusätzliche Mittel aus nationalen öffentlichen und privaten Quellen für kohärente nationale und regionale Entwicklungsstrategien mobilisiert werden.

– **Förderung eines integrierten Konzepts für den territorialen Zusammenhalt**

Die Kohäsionspolitik kann zur Schaffung von Gemeinschaften beitragen, indem sie in Strategien für die Erneuerung, Wiederbelebung und Entwicklung städtischer und ländlicher Gebiete auf wirtschaftliche, soziale und ökologische Belange eingeht.

Die Lissabonstrategie muss dabei Hand in Hand mit der Göteborgstrategie zur nachhaltigen Entwicklung der Wirtschaft gehen. Die Strukturfonds dürfen nur für Maßnahmen eingesetzt werden, die mit den Zielen von Göteborg im Einklang stehen.

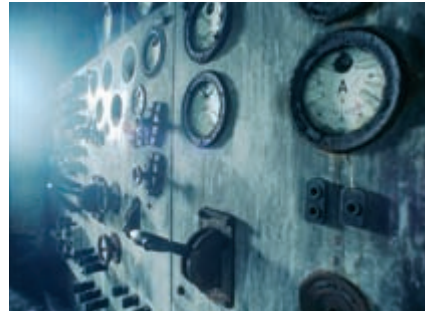


2. Die Ziele der EU-Regionalpolitik

Die von der EU für die nächsten sieben Jahre eingeplanten Mittel für die Strukturpolitik konzentrieren sich in dieser Förderperiode auf drei Prioritäten. Die Ziele definieren, welche Gebiete warum und wofür Geld erhalten. Im Ziel „Konvergenz“ konzentriert sich die Förderung auf die ärmsten Mitgliedstaaten und Regionen mit ca. 82% der Gesamtmittel. In den übrigen Regionen werden ca. 15% der Mittel aus den Strukturfonds dazu verwendet, Innovation, nachhaltige Entwicklung, eine bessere Zugänglichkeit und Ausbildungsprojekte im Rahmen des Ziels „Regionale Wettbewerbsfähigkeit und Beschäftigung“ zu fördern. Weitere 3% werden für die grenzüberschreitende, transnationale und interregionale Zusammenarbeit im Rahmen des Ziels „Europäische territoriale Zusammenarbeit“ bereitgestellt.

2.1. „Konvergenz“

Das Ziel „Konvergenz“ bezieht sich auf die Mitgliedsstaaten und Regionen mit dem größten Entwicklungsrückstand und besteht in der Schaffung wachstums- und beschäftigungsfördernder Rahmenbedingungen, damit diese Regionen zu den wohlhabenden und leistungsstärkeren Regionen aufschließen können. Erreicht werden soll dies durch die Steigerung und qualitative Verbesserung der Investitionen in physische und Humanressourcen, die Entwicklung von Innovation und Wissenschaft, die Förderung der Fähigkeit zur Anpassung an den Wandel in der Wirtschaft, den Schutz und die Verbesserung der Umwelt sowie eine effiziente Verwaltung. In die „Konvergenzgebiete“ fließt der Hauptteil der für die Kohäsionspolitik bereitgestellten Mittel.



Dem ersten Förderziel „Konvergenz“ zugeordnet werden:

- Förderung aus den Strukturfonds (höchste Förderstufe) für Regionen mit einem Pro-Kopf-Bruttoinlandsprodukt (BIP) von unter 75% des EU-Durchschnitts
 - Sie erhalten Mittel aus dem Europäischen Regionalfonds (ERDF) und dem Sozialfonds (ESF).



- In der EU inklusive Bulgarien und Rumänien zählen insgesamt 84 Regionen zu diesen Konvergenzgebieten. In Deutschland gehören dazu die Bundesländer Mecklenburg-Vorpommern und Thüringen sowie die Regierungsbezirke Dessau, Magdeburg, Dresden, Chemnitz und Brandenburg Nordost; in Österreich gibt es keine dieser Regionen.
- Übergangsunterstützung aus dem Strukturfonds für Regionen mit erheblichem Entwicklungsrückstand, die aber wegen des „statistischen Effekts“ der Erweiterung aus der obersten Förderkategorie herausgefallen sind
 - Erhebliche Übergangs- und Auslaufunterstützung („Phasing Out“) erhalten, um ihren Aufholprozess zu Ende zu führen, bis Ende 2013 Regionen, die als Konvergenzgebiete mit höchstem Förderanspruch betrachtet worden wären, wenn für die Förderfähigkeit weiterhin die Schwelle von 75% des durchschnittlichen BIP der EU mit 15 Mitgliedern gegolten hätte, denen es aber jetzt dafür – infolge des abgesunkenen Durchschnitts nach der EU Erweiterung – rein statistisch gesehen „zu gut“ geht.
 - In der EU 27 sind davon 16 Regionen betroffen. In Deutschland werden die Regionen Halle, Leipzig, Lüneburg und Brandenburg Südwest als „Phasing-Out“ Regionen gefördert. Lüneburg ist damit die einzige westdeutsche Region unter der Abgrenzungsschwelle des BIP der EU 15.
- Förderung aus dem Kohäsionsfonds für Staaten, deren Pro-Kopf-Bruttonationaleinkommen (BNE) weniger als 90% des Gemeinschafts- BNE beträgt
 - Sie erhalten zusätzlich zu den EFRE- und ESF-Mitteln für ihre Konvergenzregionen für diese und auch andere Regionen einsetzbare Gelder aus dem Kohäsionsfonds für Maßnahmen in den Bereichen transeuropäische Verkehrsnetze und Umweltschutz.
 - Für eine Förderung aus dem Kohäsionsfonds kommen in Frage: Estland, Griechenland, Lettland, Litauen, Malta, Polen, Portugal, Slowakei, Slowenien, Tschechien, Ungarn, Zypern, Bulgarien und Rumänien.
- Übergangsunterstützung aus dem Kohäsionsfonds für Mitgliedsstaaten, die bis 2006 die normale Förderung aus dem Kohäsionsfonds erhielten,



nun aber aufgrund der EU Erweiterung rechnerisch dafür „zu reich“ sind

- EU-Staaten, die aus dem Kohäsionsfonds unterstützt worden wären, wenn die Förderfähigkeit weiterhin die 90% Schwelle des durchschnittlichen BNE der EU 15 gegolten hätte, und jetzt bezogen auf die EU 25 über dieser Grenze liegen, wird eine Übergangunterstützung gewährt.

2.2. „Regionale Wettbewerbsfähigkeit und Beschäftigung“

Beim zweiten Förderziel geht es - außerhalb der obigen „Konvergenzgebiete“ - im Grunde um zweierlei: Erstens um die Unterstützung von Regionen, die besonders mit wirtschaftlichem und sozialem Wandel zu kämpfen haben und die Stärkung ihrer Wettbewerbsfähigkeit (territoriale Komponente) und zweitens um Hilfe für die betroffenen Menschen bei der Anpassung an die Veränderungen (soziale Komponente mit Schwerpunkten wie Förderung von Beschäftigung und Unternehmergeist, Arbeitsproduktivität und -qualität, sozialer Integration Benachteiligter, Diskriminierungsbekämpfung etc.).



- Regionen in der EU mit hoher Arbeitslosigkeit und Entwicklungsproblemen
 - EU-weit werden, einschließlich Bulgarien und Rumänien, unter diesem Vorzeichen 155 Regionen als förderungswürdig angesehen. Die Auswahl der betroffenen Regionen trifft formal gesehen der jeweilige Mitgliedsstaat. Dabei hat er jedoch die Unterstützungswürdigkeit über ein prozentuales Punktesystem zu gewichten, das bestimmte Defizite der Region - wie die Arbeitslosenquote mit ihrem relativen Wohlstand im Vergleich zu anderen Regionen dieser Zielgruppe - bewertet.
- Übergangunterstützung – Regionen, die bisher der höchsten Förderstufe zugeordnet waren, deren Pro-Kopf-BIP jetzt aber 75% des durchschnittlichen BIP der EU 15 übersteigt. Für diese Umstufung ins zweite Förderziel kommen 13 sogenannte „Phasing IN“ – Regionen in Betracht.



2.3. „Europäische Territoriale Zusammenarbeit“



Das dritte Ziel holt faktisch die bisher zusätzlich zu den strukturpolitischen Hauptprogrammen laufende Gemeinschaftsinitiative INTERREG in den Kernbereich der Kohäsionspolitik. Inhaltlich bleibt es im Wesentlichen bei der Förderung von:

- Zusammenarbeit von Grenzregionen durch gemeinsame lokale und regionale Initiativen
 - Anspruch auf eine Förderung im Rahmen der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit haben Gemeinschaftsregionen an allen Landbinnengrenzen und bestimmten Landaußengrenzen sowie alle an innergemeinschaftlichen Seegrenzen liegende EU-Regionen.
 - Ein Teil der Mittel ist für den EU-seitigen Beitrag zu Projekten der grenzüberschreitenden Kooperation (CBC) im Rahmen des Europäischen Nachbarschafts- und Partnerschaftsinstruments und des Instruments für Heranführungshilfe (IPA) vorgesehen.
- Stärkung der transnationalen Zusammenarbeit durch Aktionen zur integrierten Entwicklung ausgewählter europäischer Räume. Unterstützt wird hier die Kooperationen in großen Räumen wie dem Ostseeraum.
- Ausbau der interregionalen Zusammenarbeit, der Kooperationsnetze und des Erfahrungsaustauschs auf der geeigneten territorialen Ebene. Für eine Förderung kommt hier das gesamte Gemeinschaftsgebiet in Betracht.

Im Rahmen der drei Förderziele soll zugleich in geeigneter Weise die nachhaltige Stadtentwicklung, die Wiederbelebung der ländlichen Gebiete und die von der Fischerei abhängigen Gegenden durch wirtschaftliche Diversifizierung unterstützt werden.



3. Die Strukturfonds

3.1. Der Europäische Fonds für regionale Entwicklung (EFRE)

Der EFRE ist das Hauptinstrument mit dem finanziell Maßnahmen unterstützt werden, die zum Ausgleich der größten regionalen Unterschiede in der EU beitragen.

Dabei sollen die Regionalwirtschaften entwickelt und strukturell angepasst werden und Industrieregionen mit rückläufiger Entwicklung umstrukturiert werden.

Hauptziel des EFRE ist es, die Wettbewerbsfähigkeit der Regionen zu verbessern, Innovation zu stärken und dauerhafte Arbeitsplätze zu schaffen.

Finanzierungsschwerpunkte sind Forschung, Innovation, Umweltschutz und Risikoprävention. Dazu gehören auch Infrastrukturinvestitionen.

Besondere Berücksichtigung finden zukünftig Maßnahmen, die KMU's unterstützen.

Die finanzielle Unterstützung aus dem EFRE ist immer nur ein Zuschuss. Mindestens 25% müssen kofinanziert werden aus dem nationalen, regionalen (Landes-) oder kommunalen Haushalt. Mit der neuen Förderperiode ist auch eine private Kofinanzierung von Projekten möglich, so genannte Private-Public-Partnership (PPP).



3.2. Der Europäische Sozialfonds (ESF)

Der ESF trägt zur Verbesserung von Beschäftigung und Beschäftigungsmöglichkeiten bei. Er unterstützt dabei Maßnahmen zur Verbesserung der Anpassungsfähigkeit der Beschäftigten und der Unternehmen, der sozialen Eingliederung benachteiligter Personen und der Leistungsfähigkeit und Effizienz des öffentlichen Dienstes.

Die Maßnahmen, die unterstützt werden, müssen den beschäftigungspolitischen Leitlinien der EU entsprechen.

Der ESF „investiert“ in die Menschen. Besonders wichtig ist gerade in die-



sem Bereich der Strukturpolitik die partnerschaftliche Zusammenarbeit mit den Sozialpartnern. Dafür hat sich insbesondere die sozialdemokratische Fraktion im EP stark gemacht.

Der ESF wird in der neuen Förderperiode die Aufgaben der ehemaligen Gemeinschaftsinitiative EQUAL fortführen. Das ist ein wichtiger Beitrag zur Förderung der Chancengleichheit.

4. Der nationale strategische Rahmenplan Deutschlands

Die deutsche Strategie der Regionalpolitik für den Zeitraum 2007- 2013 umfasst die vier folgenden Ziele:

- Innovation
- Erhöhung der Standortattraktivität
- Schaffung von mehr und besseren Arbeitsplätzen und
- Regionen chancen- und ausgleichsorientiert weiterentwickeln.

Dazu kommen drei Querschnittsziele nämlich Umwelt, Chancengleichheit und nachhaltige Stadtentwicklung. Diese Ziele und die Prioritäten der einzelnen Bereiche müssen sich in den Operationellen Programmen der Länder wieder finden.

4.1. Die Konvergenzregionen in Deutschland

In den deutschen Konvergenzregionen, d.h. in den ostdeutschen Ländern und Lüneburg müssen wir eine Unterausstattung bei allen wesentlichen Potenzialfaktoren wie bspw. Infrastruktur, Innovation und unternehmerische Basis feststellen.

Daraus leiten sich die Prioritäten für den Einsatz der Strukturfonds ab.

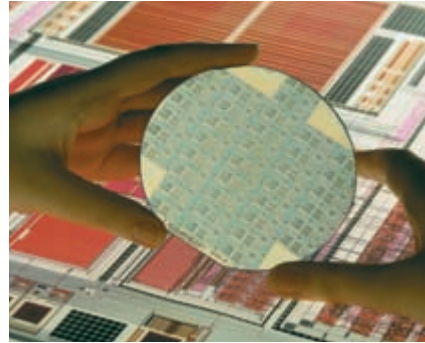
Priorität 1: *Förderung von Innovation, Forschung und Bildung*

Dazu zählen vor allem die Förderung einzelbetrieblicher FuE-Projekte, von Kooperationsmaßnahmen zwischen Forschungseinrichtungen und der Wirtschaft, des Technologietransfers, sowie die Innovationsförderung von KMU's incl. der Bereitstellung von Risikokapital.

Aber auch die Förderung von Bildungsinfrastruktur und der Zugang zu hochwertiger Bildung werden unterstützt.

Priorität 2: *Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft*

Im Rahmen dieser Priorität sollen vor allem gewerbliche Investitionen, regionale Wirtschaftsnetzwerke und die Stärkung des Unternehmertums gefördert werden. Dabei sollen auch neue Finanzierungsinstrumente genutzt werden. Weitere Förderansätze sind die Hilfe bei Marktzugängen und die Steigerung der Energie- und Ressourceneffizienz.

**Priorität 3:** *Entwicklung und Sicherung der Infrastruktur für nachhaltiges Wachstum*

Zu dieser Priorität gehört die Entwicklung der nötigen wirtschaftsnahen, technischen, sozialen aber auch kulturellen Infrastruktur. Dabei sollten auch Überlegungen bezüglich der demographischen Entwicklung einer Region und die Nachhaltigkeit der Entwicklung berücksichtigt werden.

**Priorität 4:** *Förderung überregional bedeutsamer Verkehrswegeinvestitionen*

Unter dieser Priorität wird hauptsächlich der Ausbau des Trans-europäischen Verkehrsnetzes weitergeführt und ggf. eine Verlagerung auf umweltfreundlichere Verkehrsträger realisiert.



Priorität 5: *Steigerung der Anpassungs- und Wettbewerbsfähigkeit von Unternehmen und Beschäftigten*

Besonders gefördert werden die Weiterbildung von Beschäftigten und die Absicherung des Fachkräftebedarfs in Unternehmen. Die Förderung der Chancengleichheit von Frauen und Männern ist ebenfalls Teil dieser Priorität.

Priorität 6: *Verbesserung des Humankapitals*

Insbesondere eine qualitativ gute berufliche Ausbildung, das „Lebenslange“ Lernen und spezifische Maßnahmen zur Förderung der Chancengleichheit von Frauen und Männern in der Ausbildung sind Schwerpunkte der Förderung in diesem Bereich. Konsequentes Gender Mainstreaming soll Teil in allen Bereichen sein.

Priorität 7: *Verbesserung des Zugangs zu Beschäftigung sowie der sozialen Eingliederung von benachteiligten Personen*



Gezielte Aktivitäten zur Stärkung des sozialen Zusammenhalts und zum Erhalt der Beschäftigungsfähigkeit bleiben weiterhin nötig. Das dient besonders der Bekämpfung der Langzeitarbeitslosigkeit. Gefördert werden deshalb unter anderem regionale und lokale Kleinprojekte auch durch Mikrodarlehen.

Die Bekämpfung von Fremdenfeindlichkeit und Diskriminierung beim Zugang zum Arbeitsmarkt ist ebenfalls Teil dieser Priorität.



4.2. Das Ziel „Regionale Wettbewerbsfähigkeit und Beschäftigung“

In Deutschland liegen vor allem die westdeutschen Länder (ohne Lüneburg) und Berlin in diesem Ziel. Besondere Unterstützung durch die Strukturfonds gehen hier in die Ausrichtung des Arbeitsmarktes auf die neuen Herausforderungen der Globalisierung. Hauptgewicht der Förderung liegt im Bereich des ESF.



Dabei wurden folgende Prioritäten entwickelt:

Priorität 1: *Förderung einer wissensbasierten, innovationsorientierten Entwicklung*

Ansatzpunkte der Förderung sind vor allem der Technologietransfer, die Unterstützung von FuE und die Förderung dazugehöriger Infrastruktur. Aber auch die Nutzung ökologischer Innovation z.B. durch Steigerung der Energieeffizienz und der Ausbau der Nutzung regenerativer Energien werden unterstützt.

Priorität 2: *Stärkung der unternehmerischen Basis*

Dazu zählen insbesondere die Unterstützung des Mittelstandes und die Verbesserung des Humankapitals.

Priorität 3: *Abbau regionaler Disparitäten und Ausbau spezifischer regionaler Potenziale durch nachhaltige Regionalentwicklung*

Zwischen und innerhalb der deutschen Regionen bestehen z.T. große Unterschiede. Diese Disparitäten sollen mittels der Strukturpolitik abgebaut werden mit dem besonderen Blick auf ländliche und altindustrielle Regionen und die zu erwartende demographische Entwicklung in den Regionen.



Priorität 4: *Steigerung der Anpassungsfähigkeit von Unternehmen und Beschäftigten*

Betriebsbezogene Weiterbildungsmaßnahmen müssen stärker mit betrieblichen Entwicklungs- und Innovationsstrategien verbunden werden und die Beteiligung muss verbessert werden. Die Förderung von Netzwerken, die Unterstützung von Existenzgründern und -gründerinnen sowie die Verbreitung des Unternehmergeistes unterstützen die Ziele dieser Priorität.

Priorität 5: *Verbesserung des Humankapitals*

Besonders unterstützt werden die Entwicklung einer guten Berufsausbildung und die Verbesserung der dualen Ausbildung. Gezielte Maßnahmen für Jugendliche mit schlechten Bildungsvoraussetzungen und eine Kultur des lebensbegleitenden Lernens werden neben Maßnahmen zur Förderung von Chancengleichheit zwischen Frauen und Männern in den Mittelpunkt gestellt.

Priorität 6: *Verbesserung der Arbeitsmarktchancen und Integration benachteiligter Personen*

Wir brauchen für benachteiligte Personengruppen besondere Strategien für die Aktivierung und Integration. Die Beschäftigungsfähigkeit muss verbessert werden durch entsprechende flankierende Maßnahmen z.B. für junge Frauen, Personen mit Migrationshintergrund und Behinderte.

4.3. Ziel „Europäische Territoriale Zusammenarbeit“

Dieses Ziel hat in Deutschland eine besondere Bedeutung, da wir neun Nachbarländer mit einer Gesamtgrenzlänge von 3.600 km haben. Grenzüberschreitende Zusammenarbeit wird in den direkt an Grenzen gelegenen Kreisen unterstützt.

Im Rahmen der transnationalen Zusammenarbeit beteiligt sich Deutschland in fünf großen Kooperationsräumen wie beispielsweise im Ostseeraum und im Alpenraum. Die Beteiligung an interregionaler Zusammenarbeit unterstützt die eigene Regionalpolitik wirksam.



4.4. Finanzausstattung Deutschlands mit Mitteln der Europäischen Strukturfonds für den Zeitraum 2007-2013

Bundesländer (nach Zielgebiet) Konvergenzregionen	EFRE	ESF
Brandenburg	1 498 732 588	620 249 615
Mecklenburg-Vorpommern	1 252 420 390	417 473 463
Niedersachsen - Region Lüneburg	589 000 000	210 010 942
Sachsen	3 091 139 706	871 859 914
Sachsen-Anhalt	1 931 792 253	643 930 752
Thüringen	1 477 687 909	629 009 103
Bund	1 520 319 639	1 325 569 051
Wettbewerb und Beschäftigung		
Baden-Württemberg	143 400 068	265 998 586
Bayern	575 934 188	310 059 703
Berlin	875 589 810	335 976 031
Bremen	142 006 631	89 054 742
Hamburg	35 268 791	91 152 890
Hessen	263 454 159	186 735 204
Niedersachsen (ohne R. Lüneburg)	638 769 613	237 090 765
Nordrhein-Westfalen	1 283 430 816	683 996 369
Rheinland-Pfalz	217 613 760	113 766 267
Saarland	197 512 437	86 490 338
Schleswig-Holstein	373 888 769	100 011 739
Bund		2 162 219 289

Quelle: Europäische Kommission (2007): Cohesion Policy - Factsheet Germany, Brüssel.



5. Die Operationellen Programme

5.1. Das Operationelle Programm für den EFRE Sachsen



Sachsen erhält in der Förderperiode 2007-2013 über 3 Mrd. Euro aus dem Europäischen Fonds für regionale Entwicklung. Diese Mittel sollen zu einer nachhaltigen Entwicklung des Landes durch die Verbesserung der Voraussetzungen für ein umweltverträgliches Wirtschafts- und Beschäftigungswachstum beitragen. Für den strukturierten Einsatz der Mittel im Sinne dieser grundsätzlichen Zielsetzung hat Sachsen ein detailliertes System ausgearbeitet.

Das Zielsystem des Operationellen Programms

Das Zielsystem gliedert sich in fünf thematische Prioritätsachsen¹, die durch zwei Querschnittsziele verbunden sind.

Prioritätsachse 1: Stärkung von Innovation, Wissenschaft, Forschung

Diese Prioritätsachse hat das Ziel, das Innovationspotenzial der Wirtschaft auszubauen und die Informationsgesellschaft zu stärken. Dies soll durch folgende Projekte und Maßnahmen erreicht werden:

- Förderung einzelbetrieblicher sowie kooperativer FuE-Projekte,
- Unterstützung von Technologietransfer,
- Bereitstellung von Risikokapital für junge Technologieunternehmen,
- Förderung anwendungsorientierter Forschungsprojekte und -infrastruktur,
- Förderung der Exzellenzinitiative,
- Verbesserung der Infrastruktur an Hochschulen,
- E-Business in KMU und
- E-Government.

Für die Umsetzung der Projekte in diesen Bereichen stehen rund 1,1 Mrd. Euro zur Verfügung. Dies entspricht knapp 35% der EFRE-Mittel, die 2007-

1) Ergänzt werden diese durch die Prioritätsachse ‚Technische Hilfe‘. Diese ist mit knapp 44 Mio. Euro (1,4% der EFRE-Mittel in Sachsen) ausgestattet und dient der Gewährleistung des effizienten Einsatzes der Fördermittel durch die Finanzierung der dafür erforderlichen Institutionen und Maßnahmen.



2013 nach Sachsen fließen werden. Dadurch sollen in dem genannten Zeitraum z.B. im Bereich der Forschung und Entwicklung 836 Projekte gefördert, über 6500 Arbeitsplätze erhalten und über 700 Arbeitsplätze neu geschaffen werden.

Prioritätsachse 2: Verbesserung der Bildungsinfrastruktur

Das Ziel dieser Prioritätsachse ist die Förderung der schulischen Bildung durch die Optimierung der Bildungsinfrastruktur. So sollen die Mittel zur Verbesserung der



- Infrastruktur der Berufsakademien,
- Informations- und Kommunikationstechnik an Schulen und
- Zentren für schulische und die berufliche Bildung

beitragen. Ausgestattet ist die Prioritätsachse 2 mit über 235 Mio. Euro, was 7,6 % an der Gesamtsumme der EFRE-Mittel entspricht. Damit sollen bis 2013 unter anderem über 2.200 Investitionsprojekte an Bildungseinrichtungen kofinanziert und ca. 370.000 Schüler durch moderne Informations- und Kommunikationstechnologien miteinander vernetzt werden.

Prioritätsachse 3: Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit der gewerblichen Wirtschaft

Mit der dritten Prioritätsachse sollen produktive Investitionen zur Schaffung und Sicherung von Arbeitsplätzen und der Modernisierung des betrieblichen Kapitalstocks gefördert, unternehmerische Potenziale in KMU gestärkt und die wirtschaftsnahe Infrastruktur zur Stärkung regionaler Wachstumspotenziale ausgebaut werden. Um diese Ziele umzusetzen, soll sich die Förderung konzentrieren auf



- die Unterstützung einzelbetrieblicher Investitionen,
- den Ausbau der wirtschaftsnahen Infrastruktur,
- die Förderung von Netzwerken der Wirtschaft,
- Zinsverbilligungen im Rahmen des Darlehensprogramms Gründungs- und Wachstumsfinanzierung (GuW),
- den Marktzugang von KMU sowie
- die Energieeffizienz in KMU.



Zur Finanzierung der Vorhaben stehen mit insgesamt 587 Mio. Euro rund 19% der EFRE-Mittel, die nach Sachsen fließen, zur Verfügung. Damit sollen unter anderem knapp 4.000 Unternehmen gefördert, 24.000 Arbeitsplätze gesichert und 9.000 Arbeitsplätze neu geschaffen werden.

Prioritätsachse 4: Verbesserung der Verkehrsinfrastruktur

Diese Prioritätsachse zielt auf die Sicherung der regionalen Wettbewerbsfähigkeit durch den Ausbau eines leistungsfähigen Verkehrsinfrastrukturnetzes. Im Vordergrund steht dabei

- der Ausbau der Straßenverkehrsinfrastruktur und
- die Förderung umweltfreundlicher Verkehrsträger.



Für die Umsetzung konkreter Projekte ist diese Prioritätsachse mit rund 573 Mio. Euro, was rund 35% der gesamten EFRE-Mittel für Sachsen entspricht, ausgestattet. Diese Gelder sollen unter anderem in 100 Ingenieurbauwerke wie Brücken, den Ausbau der Radwege und die Steigerung des Güterumschlags auf Schiene und Wasser um zusätzlich jeweils 173.500 Tonnen / Jahr fließen.

Prioritätsachse 5: Ausbau und Verbesserung der Infrastruktur für nachhaltiges Wirtschaftswachstum

Die fünfte Prioritätsachse strebt die Stärkung der Funktionalität der Städte als wirtschaftliche und soziale Wachstumspole sowie die Beseitigung bzw. Bekämpfung von Umweltrisiken an. Ansatzpunkte sind hierbei

- die nachhaltige Stadtentwicklung,
- die Revitalisierung von Industriebrachen und Konversionsflächen,
- der Klimaschutz bzw. Erneuerbare Energien sowie
- der Hochwasserschutz.

Insgesamt sind dafür rund 571 Mio. Euro eingeplant. Dies entspricht rund 19 % der Sachsen zustehenden EFRE-Mittel. Mit diesen Fördermitteln sollen unter anderem 130 ha Industriebrachen und Konversionsflächen revitalisiert, 2.400 Projekte zum Umwelt- und Klimaschutz sowie 100 Hochwasserschutzprojekte gefördert werden.



Die Querschnittsziele

Neben der thematischen Untergliederung bestehen zwei Bereiche, denen sich Sachsen in allen Prioritätsachsen gleichermaßen in großem Umfang widmet.

Das erste Querschnittsziel ist die Stärkung der Chancengleichheit und der Nichtdiskriminierung. Im Fokus stehen dabei unter anderem die Steigerung der Frauenerwerbsbeteiligung, der Abbau der Ungleichbehandlung von Männern und Frauen sowie die Integration der wegen ihrer Herkunft oder Behinderung benachteiligten Menschen.



Das zweite Querschnittsziel ist die Nachhaltigkeit. Diese kommt dadurch zum Ausdruck, dass alle Prioritätsachsen darauf ausgerichtet sind, langfristig und kontinuierlich die Verbesserung der Lebensqualität zu sichern, Ressourcen effizient zu bewirtschaften und das ökologische und soziale Innovationspotenzial der Wirtschaft zu erschließen.

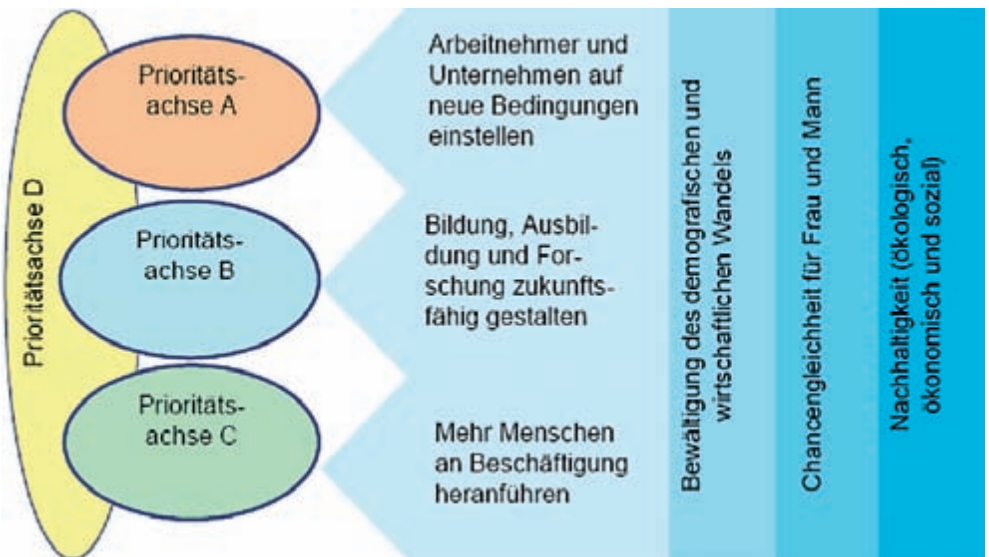
Europäische Territoriale Zusammenarbeit

Sachsen beteiligt sich an dem Ziel „Europäische Territoriale Zusammenarbeit“, durch das die Potenziale der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit gefördert werden. Für die Finanzierung von Programmen und Projekten mit den an Sachsen grenzenden tschechischen und polnischen Regionen stehen Sachsen über 175 Mio. Euro zur Verfügung. Der Einsatz dieser Mittel ist jedoch nicht im Operationellen Programm für den EFRE, sondern in Operationellen Programmen speziell für die Europäische Territoriale Zusammenarbeit dargelegt.

5.2. Das Operationelle Programm für den ESF in Sachsen

Sachsen wird in der Förderperiode 2007-2013 etwa 22% der gesamten Strukturfonds im Bereich des ESF ausgeben. Das herausragende Ziel des Mitteleinsatzes ist, mehr Menschen an Beschäftigung heranzuführen. Notwendige Voraussetzung dafür ist, eine zukunftsfähige Bildung, Ausbildung und Forschung zu gestalten und die Unternehmen auf die neuen Bedingungen eines globalen Marktes einzustellen.

Die Struktur der sächsischen Förderung ist geprägt durch vier Prioritätsachsen.



Unter der **Prioritätsachse A** wird vor allen Dingen die berufsbegleitende Qualifizierung inklusive der Beratung von KMU's beim Personalaufbau gefördert. Es können einzelbetriebliche FuE-Projekte unterstützt werden. Der Unternehmergeist wird insbesondere unterstützt durch die Entstehung neuer, innovativer Unternehmen auch als wissens- und technologiebasierter Gründungen aus den Hochschulen. Dafür werden innovative Finanzierungsinstrumente wie z.B. revolvingierende Fonds, Nachrangdarlehen und Zinszuschüsse genutzt.



Unter der **Prioritätsachse B** zur Verbesserung des Humankapitals wird hauptsächlich das Lebensbegleitende Lernen unterstützt. Damit kann in allen Bereichen des Lernens gefördert werden: in der schulischen Bildung zur Verbesserung des Schulerfolgs, bei der Berufs- und Studienorientierung, bei der beruflichen Erstausbildung sowie an Hochschul- und Forschungseinrichtungen. Besonders interessant dürften die interkulturellen Möglichkeiten der Ausbildung sein, die ebenfalls gefördert werden.



Unter der **Prioritätsachse C** wird vor allem der Zugang benachteiligter Personen zu Beschäftigung durch Qualifizierung, Existenzgründerförderung und Lohnkostenzuschüsse unterstützt. Dabei spielen sozialpädagogisch begleitete Maßnahmen ebenso eine Rolle wie die Zielgruppenförderung für am Arbeitsmarkt benachteiligte Gruppen.

Transnationale Maßnahmen (**unter Prioritätsachse D**) wie z. B. Auslandspraktika und Sprachkurse im Ausland sollen oben genannte Maßnahmen ergänzen.

Die Querschnittsziele der Chancengleichheit von Frauen und Männern und die Nachhaltigkeit von Maßnahmen müssen in allen Prioritätsachsen berücksichtigt werden.





5.3. Beispiele in Sachsen

BIO CITY LEIPZIG

Die BIO CITY LEIPZIG ist eines der größten Biotechnologiezentren in Deutschland. Unter ihrem Dach sind auf einer Fläche von insgesamt 20.000m² wissenschaftliche Forschungseinrichtungen sowie biotechnologisch orientierte Unternehmen vereint. Auf einem Viertel der Fläche ist das Biotechnologisch-Biomedizinische Zentrum (BBZ) der Universität Leipzig ansässig, das mit sechs Professuren sowie Nachwuchsgruppen biotechnologische Forschungen betreibt. Die übrigen 15.000m² werden durch derzeit 22 Unternehmen, die überwiegend im „Biotech-Life-Science-Bereich“ tätig sind, genutzt.

Vor allem aufgrund der thematischen und räumlichen Nähe der Unternehmen und der wissenschaftlichen Forschungseinrichtungen entstehen umfangreiche Synergieeffekte. Diese bestehen insbesondere darin, dass Forschungsergebnisse schneller in die Praxis umgesetzt werden, aber auch praktische Erkenntnisse schneller und zielgerichteter in die weitere Forschung einfließen können.

Die Europäische Union hat die Entstehung der BIO CITY Leipzig mit Mitteln des EFRE umfangreich unterstützt. So sind in den wissenschaftlich genutzten Teil z.B. 16,5 Mio. Euro für Bau und Erstausrüstung sowie 5,5 Mio. Euro für Forschungsprojekte geflossen. Der wirtschaftlich genutzte Teil wurde mit 33 Mio. Euro aus Mitteln der GA/EFRE-Infrastrukturförderung unterstützt.



***Innovation durch Kooperation
- Die BMS GmbH KEMA in Görlitz und das Fraunhofer Institut für
Keramische Technologien und Systeme Dresden entwickeln neue
Technologien für Abgaspartikelfilter***

Vor dem Hintergrund des Klimaschutzes sind in den letzten Jahren die Abgasnormen immer weiter verschärft worden, indem die zulässigen Grenzwerte schrittweise herabgesetzt wurden. Die Automobilbranche hat auf die gesetzlichen Vorgaben reagiert und hat unter anderem neue Technologien zur Senkung der Abgaspartikel bei Dieselfahrzeugen entwickelt. Das Herzstück dieser neuen Technologien sind keramische Wabenkörper, die durch Extrusion gefertigt werden. Dabei wird Keramik in einem kontinuierlichen Verfahren durch eine Düse gepresst und in eine bestimmte Form gebracht.

Die BMS GmbH KEMA, die in Görlitz u.a. Maschinen für die Keramikindustrie herstellt, und das Fraunhofer Institut für Keramische Technologien und Systeme Dresden haben sich das Ziel gesetzt, in einem gemeinsamen Projekt eine Anlage für die Herstellung dieser keramischen Bestandteile speziell für Dieselrußpartikelfilter in LKW's zu entwickeln.

Dieses Projekt, bei dem Wissenschaft und Wirtschaft im Bereich Forschung und Entwicklung eines neuen zukunftsweisenden Produktes eng miteinander kooperieren, wird als FuE-Verbundprojekt aus dem Europäischen Fonds für regionale Entwicklung mit 600.000 Euro unterstützt.



Beispiele in Sachsen

Berufliches Schulzentrum für Gesundheit und Sozialwesen Dresden

Nach eineinhalbjähriger Bauzeit hat im März 2007 das berufliche Schulzentrum für Gesundheit und Sozialwesen „Karl August Lingner“ in Dresden sein neues Domizil in der ehemaligen Allgemeinbildenden 28. Schule bezogen. Diese wurde für ihre neue Nutzung grundlegend saniert und um einen Neubau erweitert. Die 1.800 Schülerinnen und Schüler, die vorher über vier zum Teil stark sanierungsbedürftige Standorte im gesamten Stadtgebiet verteilt waren, können nun ihre Ausbildung in den neuen Räumlichkeiten mit hochmodernen Laboren, Fach- und Werkräumen sowie einer Lehrküche absolvieren. Damit wird die hohe Qualität der Ausbildung im Beruflichen Schulzentrum „Karl August Lingner“, das sich in der Vergangenheit bereits einen guten Namen in der pharmazeutischen Ausbildung verdient hat und ein Kompetenzzentrum für Berufe und Bildungsgänge im Sozialwesen und in der Gesundheitswirtschaft ist, auch weiterhin sichergestellt.

Die Kosten für den Um- und Neubau des Beruflichen Schulzentrums, das unter seinem Dach eine Berufsschule, Berufsfachschule, Fachschule, Fachoberschule sowie ein Berufliches Gymnasium beherbergt, betragen insgesamt 20,8 Mio. Euro. Den Hauptteil dieser Kosten hat die Europäische Union übernommen, indem der Umbau zu 75% aus dem Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) kofinanziert wurde.



Die Deponie Wittgenstein bei Chemnitz - Von der Hausmülldeponie zur Sonnenkollektoranlage

Die Hausmülldeponie Wittgenstein bei Chemnitz wurde 1985 bis 2002 betrieben. Mit Beendigung der Abfalllagerung auf der Deponie des Abfallwirtschaftsverbandes Chemnitz, die eine Fläche von knapp 7 Hektar mit einem Abfallvolumen von ca. 545000 Kubikmetern umfasst, wurde deren Sicherung erforderlich. In der Folge wurde die Deponie eingeebnet, abgedeckt und mit einem Dränagesystem ausgerüstet, welches das Sickerwasser in die Kläranlage Heinersdorf entsorgt. Darüber hinaus wurde die Altdeponie mit einer Entgasungsanlage ausgerüstet.

Nach diesen Sicherungsarbeiten haben die Stadtwerke Chemnitz AG auf dem Plateau und einem Teil der Südost-Böschung eine Photovoltaikanlage mit einer Gesamtleistung von 1,1 Megawatt errichtet.

Die Sanierung und Nutzbarmachung der Deponie für den Aufbau der Photovoltaikanlage wurde mit 2 Mio. Euro aus dem Europäischen Fonds für regionale Entwicklung gefördert. Die Gesamtkosten der Sanierung betragen insgesamt 4,9 Mio. Euro.

Quellennachweis:

- Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates über den EFRE (2006)
- Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates über den ESF (2006)
- Der Nationale Strategische Rahmenplan Deutschlands (2007)
- Das Operationelle Programm des Bundeslandes für den EFRE (Stand: Juli 2007)
- Das Operationelle Programm des Bundeslandes für den ESF (Stand: Juli 2007)



